

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) Stadträtin Ute van Hoffs (GRÜNE) Stadträtin Dr. Dorothea Polle-Holl (GRÜNE) vom: 28.06.2011 eingegangen: 28.06.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	26. Plenarsitzung Gemeinderat 26.07.2011 813 30 öffentlich Dez. 3
Kommunale Beschäftigungsförderung - Auswirkungen der Einsparpläne und der geplanten Instrumentenreform der Bundesregierung auf die Arbeitsmöglichkeiten in Karlsruhe		

1. Wie beurteilt die Verwaltung die in den letzten Jahren durchgeführten Maßnahmen, die mit Eingliederungsmitteln des Bundes finanziert wurden?

Durch die vom Bund zugewiesenen Eingliederungsmittel wurden erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit ganz unterschiedlichen Profillagen betreut. Unter Berücksichtigung des regionalen Arbeitsmarktes wurden für alle Personengruppen bedarfsgerechte Unterstützungsmaßnahmen angeboten. Hierbei wurden sowohl direkt der Integration am Arbeitsmarkt dienende Maßnahmen als auch unterstützende und aktivierende Maßnahmen (z. B. Trainingsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten) für Langzeitarbeitslose eingesetzt.

Durch die in den vergangenen Jahren in großer Anzahl durchgeführten Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen wurden die Chancen erhalten bzw. verbessert, diese Menschen bei der derzeitigen Arbeitsmarktbelegung zu integrieren. Die besonderen Schwerpunkte in der Maßnahmeplanung des Jobcenters, insbesondere für jugendliche Arbeitslose, Teilzeitausbildung für junge Mütter und Väter, Förderung von Migrantinnen und Migranten sowie die Beteiligung an den Projekten 50plus und Bürgerarbeit waren dafür mit ausschlaggebend. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen konnte durch diese gezielten Maßnahmen reduziert werden.

2. In welchem Umfang werden in Karlsruhe die Maßnahmen nach § 16 d und e des SGB II durch die für das Jahr 2012 angekündigten weiteren Einsparungen der Bundesregierung voraussichtlich qualitativ eingeschränkt?

Wie wirkt sich das auf die verschiedenen Trägereinrichtungen aus?

Durch das Gesetz zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden die Fördervoraussetzungen und damit der Zugang zu den Instrumenten der öffentlich geförderten Beschäftigung erheblich eingeschränkt. Die Beschränkung auf ausschließlich zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende und wettbewerbsneutrale Tätigkeitsfelder ist angesichts der Zielsetzung, auch arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose wieder in reguläre Arbeit zu integrieren, kontraproduktiv. Durch die im Gesetz normierte gekürzte Trägerpauschale ist es den Trägern voraussichtlich nicht mehr möglich, ihr Angebot in der Quantität und Qualität aufrechtzuerhalten. Dies führt letztendlich, wie auch die Einsparungen der Bundesregierung am Eingliederungshaushalt für das Jahr 2012, auch zu einer Reduzierung der öffentlich geförderten Beschäftigung. Nach den Planungen des Jobcenters werden im Jahr 2012 noch ca. 500 Betreuungsplätze für Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung stehen. Dies entspricht im Vergleich zum Jahr 2010 mit ca. 1.000 Betreuungsplätzen einer Kürzung von 50 %. Ob Beschäftigungen nach § 16 e SGB II in 2012 angeboten werden können, wird von den endgültigen Bestimmungen nach Verabschiedung der Instrumentenreform abhängen. Da die Ausgaben für diesen Bereich auf 5 % des Eingliederungstitels beschränkt werden sollen, dürften geförderte Arbeitsverhältnisse nach § 16 e SGB II eine untergeordnete Rolle spielen und die Höchstmarke von 2010 mit 148 Beschäftigungsplätzen nicht erreichen.

Die geschilderten Folgen der Instrumentenreform sowie der Kürzung der Eingliederungsmittel werden sich auf alle Trägereinrichtungen gleichermaßen negativ auswirken.

3. Welche Überlegungen hat die Verwaltung - ggf. gemeinsam mit den Trägern - angestellt, um vor dem Hintergrund der Kürzungen der Bundesmittel weiterhin wirkungsvolle Integrationsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen anbieten zu können?

Die Stadt Karlsruhe hat sich bereits frühzeitig über die Mitglieder des Bundestages an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gewandt und ihre Ablehnung zu den Teilen der Instrumentenreform begründet. Ebenso wurde die Einschätzung der Stadt Karlsruhe in der Sitzung des Präsidiums des Deutschen Städtetags zu den geplanten gesetzlichen Änderungen dargelegt. Um weiterhin wirkungsvolle Integrationsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen anbieten zu können, wird das Jobcenter

- ausgehend von den ganz unterschiedlichen Profillagen der leistungsberechtigten Langzeitarbeitslosen - die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für das Folgejahr planen. Insbesondere ist es im Hinblick auf den angekündigten Fachkräftemangel geplant, die Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose nochmals zu steigern.

In den vergangenen 12 Monaten lag die Zahl der arbeitslosen erwerbsfähigen SGB-II-Kunden bei ca. 6.200 Personen, darunter noch immer 2.250 Langzeitarbeitslose. Trotz des Ausbaus der Qualifizierungsmaßnahmen werden infolge der Mittelkürzungen und der Instrumentenreform für den Personenkreis der marktfernen Langzeitarbeitslosen keine geeigneten Instrumente mit eigenen Fördervoraussetzungen, -höhen und -dauern vorhanden sein, um Langzeitarbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen an den Arbeitsmarkt heranzuführen und letztendlich integrieren zu können.

In Gesprächen mit den einzelnen Trägern werden auch Informationen zu den voraussichtlichen Schwerpunkten gegeben.

Bei der Planung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird auch der Beirat des Jobcenters frühzeitig eingebunden.